

Avanti

2

Theoriebeilage

#ZeroCovid
Solidarität in
Zeiten der
Pandemie?

ISO Rhein-Neckar

Profitgier tötet



Solidarität schützt

INHALT

TITEL

- 01 KRISE**
Profitgier tötet
EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH
- 02 FRANKREICH**
Theater besetzen?
KRISE
- 03 KRISE**
Solidarität schützt
FRAUENBEFREIUNG
- 04 FRAUENUNTERDRÜCKUNG**
Krise im System?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
- 05 BETRIEB**
Erfolgreich organisieren
SOZIALE FRONT
- 06 #ZEROCOVID**
Teil einer sozialen Front?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
die Rest-Natur erfreut uns im März mit dem Frühlingserwachen. Gleichzeitig verschärft jedoch das „Corona-Management“ der Herrschenden und ihres politischen Personals die Pandemie.

Wir sind deshalb gezwungen, uns weiter mit diesem extremen Systemversagen und seinen Folgen auseinanderzusetzen.

In der April-Ausgabe von *Avanti*² wollen wir den kritischen Blick auf die Gegenwart aus verschiedenen Perspektiven wagen, um die notwendige Gegenwehr stärken zu können.

Erneut befassen wir uns mit der revolutionären Sozialistin Rosa Luxemburg.

In der Theoriebeilage sprechen wir mit Winfried Wolf über #ZeroCovid und Solidarität in Zeiten der Pandemie.

Wir hoffen, dass unsere Auswahl Euch zum Lesen, zum Nachdenken und zum Handeln anregt.

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

ROSA LUXEMBURG

- 07 FRAUENWEGE**
Ein Park für Rosa L.
POLITISCHE BILDUNG / ISO
- 09 ROSA LUXEMBURG**
Aktuelle Ideengeberin?
- 10 FRAUENSTREIK**
Gerne auch hier
- 11 ISO-BUNDESKONFERENZ**
Avanti?
RÜCKBLLENDE / TERMINE
- 12 KOMMUNE**
Vergessene Vorläufer
- 12 TERMINE**
THEORIEBEILAGE
- 01 #ZEROCOVID**
Solidarität in Zeiten der Pandemie?

Frankreich

Theaterbesetzungen im ganzen Land

M. G.

Während die deutsche Kulturszene eher resigniert und schweigt, rebellieren die Theaterleute in Frankreich gegen die Corona-Politik der Regierung. Sie wehren sich gegen den Ausverkauf der Kultur und ihre soziale Verelendung. Die Besetzung des Pariser Odeon-Theaters am 8. März war der Zündfunke. Mittlerweile folgten rund drei Dutzend anderer Spielstätten diesem Beispiel – in Lille, Straßburg, Villeurbanne, Marseille, Toulouse, Bordeaux, Nantes ...



Besetzung des Odeon-Theaters in Paris, 8. März 2021.

Foto: Copyright Photothèque Rouge / Martin Noda / Hans Lucas.

Profitgier tötet Solidarität schützt

H. N.

Vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sah sich die Corona-Politik zu populistischen Lockerungsübungen veranlasst. Danach kam – wie zu erwarten war – die dritte Welle erst richtig in Fahrt.

Das Pandemieregime der Bundeskanzlerin und der Regierungsspitzen der Länder rief deshalb eine „Osterruhe“ aus. Sie wurde aber schnellstmöglich wieder kassiert. Zweifelsohne weil die Großkonzerne vor allem der Autoindustrie hinter den Kulissen massiven Druck machten. Das von Profitgier getriebene chaotische Desaster setzt sich also in dieser „marktkonformen Demokratie“ fort.

Die Zeche dafür zahlt natürlich nicht die herrschende Klasse. Im Gegenteil: Sie profitiert von einer beschleunigten Ausbeutung der Arbeitskräfte und den milliardenschweren Staatssubventionen.

Die Zeche zahlt aber zunehmend die arbeitende Klasse. Insbesondere deren ausgegrenzte Sektoren sind von der Corona-Politik immer mehr betroffen (Arme, Alte, Erwerbslose, Frauen, prekär Beschäftigte ...). Nicht „nur“ in ihrer materiellen Existenz, sondern auch in ihrer physischen und psychischen Gesundheit.

Grundrechte hinfällig?

Laut Grundgesetz Artikel 2 (2) hat jeder Mensch „das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“. Derzeit sind jedoch 2.782.273 COVID-19-Infektionen und 75.913 COVID-19-Todesfälle gemeldet. (Stand 29.03.2021.)

Ein Ende dieser katastrophalen Entwicklung ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil! Die Quote für zweimaliges Impfen liegt drei Monate nach dem Impfstart bei 4,7 %. Auch ein zwingendes und wirksames Testkonzept ist nicht zu erkennen.

Der mit einem strengen Duft von Korruption parfümierte Pandemieaktivismus der politischen Kaste wird von den meisten Medien kritiklos verstärkt. Es ist sehr bezeichnend, dass in dieser Inszenierung die Arbeitswelt in ein Schattenreich verbannt ist. Kaum, dass sie Erwähnung findet – von „Einzelfällen“ wie bei Tönnies abgesehen.

Arbeitswelt als Brennpunkt

Laut Robert Koch-Institut (RKI) ist aktuell „die Gefährdung für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland insgesamt [...] **sehr hoch**“. (COVID-19-Lagebericht vom 29.03.2021, Hervorhebung des RKI.) Die gefährlichsten Bereiche mit zahlreichen Ausbrüchen sind dem RKI zufolge in „Privathaushalten, Kitas und zunehmend auch in Schulen sowie dem beruflichen Umfeld [!]“ zu finden. An einer anderen Stelle werden auch „Alten- und Pflegeheime“ als Brennpunkte des Infektionsgeschehens genannt. Bezeichnenderweise ist in den RKI-Statistiken jedoch keine vollständige und differenzierte Erfassung des Pandemiegeschehens in der Arbeitswelt zu finden.

Zwar fordert das RKI „die konsequente Umsetzung kontaktreduzierender Maßnahmen und Schutzmaßnahmen sowie massive Anstrengungen zur Eindämmung von Ausbrüchen und Infektionsketten“.

Jedoch scheinen auch im zitierten Lagebericht des RKI das Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), die SarsCoV2-Arbeitsschutzregel und die bis

zum 30.04.2021 befristet geltende (und durch kapitalistische Einflussnahme) aufgeweichte SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung nur in einer anderen Welt zu existieren.

Meist keine Infektionsprävention

Vor allem aber finden diese für die Pandemiebekämpfung mit entscheidenden Vorschriften in der Arbeitswelt kaum Anwendung. Das ist ein Resultat des sich verschärfenden Klassenkampfes von oben.

Insgesamt gibt es hierzulande derzeit rund 45 Millionen Beschäftigte. 11 Millionen arbeiten im sogenannten Homeoffice, das eigentlich ein im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eingerichteter Telearbeitsplatz sein muss. 34 Millionen müssen ihre Arbeitskraft gemeinsam mit anderen in Betrieben aller Art verkaufen.

Lediglich in etwa 9 % aller privaten Betriebe gibt es einen Betriebsrat. In Westdeutschland werden nur noch 42 Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft von einem Betriebsrat vertreten, im Osten 35 Prozent. (Jeweils Stand 2019.) Zudem werden sowohl Betriebsräte als auch die gewerkschaftliche Organisierung immer systematischer durch das Kapital bekämpft.

Im Öffentlichen Dienst sind immerhin noch 89 % der Beschäftigten durch Personalräte vertreten. (Stand 2019.)

Das ArbSchG verpflichtet Unternehmen zu einem präventiven Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind deshalb überall ganzheitliche Gefährdungsbeurteilungen (GFB) durchzuführen – gerade wegen des Infektionsschutzes. Dies passiert nach Lage der Dinge nur in einem sehr geringen Umfang. Zudem werden Verstöße der Betriebe kaum kontrolliert und noch weniger geahndet.

Eine Überwindung dieser skandalösen Lage wird nur durch den Aufbau einer starken außerparlamentarische Bewegung – einer sozialen Front – möglich sein. Vor allem durch einen konsequent organisierten politischen und gewerkschaftlichen Widerstand innerhalb und außerhalb der Betriebe. Gegen das kapitalistische Corona-Regime und für Solidarität in Zeiten der Pandemie! ■



1. Mai 2020 in Mannheim.

Foto: Barbara Straube.

„Die Krise steckt im System“

N. B.

„Gemeinsam gegen Kapitalismus und Patriarchat“. Unter diesem Motto demonstrierten am 8. März 2021 etwa 250 Personen in Heidelberg für die Überwindung der Jahrtausende alten Unterdrückung der Frauen. In Mannheim beteiligten sich am selben Tag um die 400 vor allem weibliche Personen an einer Demo mit anschließender Kundgebung auf dem Paradeplatz.

Arbeiterinnenstreiks als Ursprung

Seit über 100 Jahren setzen sich Frauen, aber auch Männer und Menschen mit anderen geschlechtlichen Identitäten, am 8. März für fundamentale Rechte und die Befreiung der Frauen ein. Initiiert wurde der Internationale Frauentag von den Teilnehmerinnen der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910, inspiriert und ermutigt von den monatelangen Streiks tausender Tabak- und Textilarbeiterinnen in den vorangegangenen Jahren.

Großes Interesse

In Heidelberg organisierte dieses Jahr ein breites Bündnis von feministischen und anderen linken Gruppen und Organisationen die Aktionen zum 8. März. Auch wir als ISO waren mit dabei.

Den ganzen Tag über war das Bündnis mit mehreren Info-Tischen auf dem Uniplatz an der Hauptstraße präsent. Viele Passant*innen zeigten Interesse am ausgelegten Info-Material und diskutierten mit den Organisatorinnen über Fragen der Frauenunterdrückung und -emanzipation.

Ab 17:00 Uhr füllte sich der ganze Uniplatz zur Kundgebung, selbstverständlich unter Einhaltung des notwendigen Abstands und anderer Maßnahmen zum Gesundheitsschutz.

Die Rednerinnen gingen auf unterschiedliche Bereiche der Frauenunterdrückung ein. So gab es unter anderem Ansprachen zu sexualisierter Gewalt zu Hause, in der Öffentlichkeit, am Arbeitsplatz und an der Uni. Weitere Reden thematisierten die politische Verfolgung von Frauen sowie die Zusammenhänge von Frauenunterdrückung, Kapitalismus, Rassismus und Klimakrise.*

Folgen der Pandemie

Nicht nur der Ablauf der Kundgebung war geprägt von der Corona-Pandemie, sondern auch die Lage der Frauen seit einem Jahr wird maßgeblich davon bestimmt.

Dazu heißt es im Aufruf zum Frauenkampftag: „Die Pandemie macht soziale

Missstände, die ansonsten kleingeredet werden, unleugbar. Die Doppelt- und Dreifach-Belastung der Frau tritt nun besonders klar zum Vorschein. Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und Haushalt müssen jongliert werden, weil Care Arbeit im familiären Raum noch immer als Frauenarbeit gilt. Diese Beanspruchung trifft alleinerziehende Frauen mit doppelter Wucht“.

Besonders betroffen sind Frauen, die in den klassisch weiblichen Berufen meist unter höchst prekären Bedingungen arbeiten und dort jeden Tag ihre Gesundheit aufs Spiel setzen müssen.

Für grundlegende Veränderungen

Deswegen ging die Rednerin der ISO auf die ZeroCovid-Kampagne ein, die für einen solidarischen Shutdown eintritt. Nur so könne der Jojo-Effekt im Pandemiegeschehen und damit auch das ständige Fortschreiben der Belastung und Bedrohung von Frauen gestoppt werden.

Unsere Forderungen fanden dem Applaus nach zu urteilen bei den Teilnehmer*innen

der Kundgebung viel Zustimmung:

„Unser Ziel kann nicht die Rückkehr zu dem entfremdeten Normalzustand vor der Pandemie sein. Wir kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen insbesondere auch in den traditionellen Frauenberufen, für Festanstellungen, für einen Mindestlohn von 15 Euro und für eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.“

Wir kämpfen für gemeinschaftliche Sorgearbeit: von Menschen für Menschen, nicht von Ausgebeuteten für den Profit anderer.

Wir kämpfen für kostenfreie Einrichtungen der Pflege, Betreuung und Bildung.

Nur wenn wir die Produktion und Reproduktion in unsere eigenen Hände nehmen und uns dafür selbst organisieren, können wir eine Gesellschaft frei von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung aufbauen!

Zusammen gegen Kapitalismus und Patriarchat!“

* Einige Reden können auf der Website des Bündnisses nachgelesen werden:

www.frauenkampftaghd.wordpress.com. ■



Infostand am 8. März 2021 auf dem Uniplatz Heidelberg.

Foto: Privat.

Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar Wie erfolgreich kämpfen im Betrieb?

O. T.

So lautete der Titel des diesjährigen Frühjahrsseminars der ISO Rhein-Neckar. Es hat am Samstag, den 27.03.2021, stattgefunden und richtete sich vor allem an gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder.

Unsere Veranstaltung wollte Unterstützung in der tagtäglichen Auseinandersetzung mit der Gegenseite anbieten. Das Kapital setzt zunehmend mit BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung seine Profitmaximierungspläne durch. Im Zentrum des Austauschs stand deshalb die Sicherung und der Ausbau der eigenen betrieblichen Handlungsfähigkeit.

Zu drei unterschiedlichen inhaltlichen Blöcken gab es jeweils einleitende Referate mit anschließender Diskussion:

- Wie sind die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen in Betrieb und Gesellschaft?
- Wie kämpfen und organisieren, um zu gewinnen?
- Wie können wir die Betriebsratswahlen 2022 nutzen, um mehr Einfluss zu gewinnen?

Die politischen Rahmenbedingungen

Das einleitende Referat spannte den Bogen von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart.

Gerade die Agenda-Politik der Bundesregierung Schröder (SPD) / Fischer (Grüne) sei ein tiefer Einschnitt gewesen. Sie habe den bis dahin größten Sozialabbau in der Geschichte der BRD durchgesetzt. Gleichzeitig habe sie zu einer massiven Deregulierung des Arbeitsmarktes geführt. Stichworte dafür seien die Einführung von Hartz IV, Ausbau des Niedriglohnssektors und der Leiharbeit, Rentensenkungen als Folge der „Rentenreform“ usw.

Leider habe die weitgehende Anpassung an die Logik des neoliberalen Kapitalismus die Gewerkschaften politisch entwaffnet, organisatorisch geschwächt und viele Gewerkschaftsmitglieder demoralisiert.

Hier gegenzusteuern und zu einer Stärkung der klassenkämpferischen Kräfte inner- und außerhalb der Betriebe beizutragen, sei ein zentrales Ziel der ISO.

In der nachfolgenden Diskussion wurden die zerstörerischen Auswirkungen der neoliberalen Politik konkretisiert und auf die Situation in den Betrieben heruntergebrochen. Dadurch wurde klar, dass die Probleme innerhalb und außerhalb der Betriebe nur aus einer ganzheitlichen Sicht verstanden und angegangen werden können. Gerade die Gewerkschaften spielen in diesen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle.

Erfolgreich organisieren und kämpfen

Für die Einleitung zu diesem Thema sorgten zwei Genossen gemeinsam in einem aufmunternden Format, das die besondere Zustimmung der Teilnehmer*innen fand.

Sehr anschaulich wurden die alltäglichen Problemlagen von aktiven Vertrauensleuten und Betriebsratsmitgliedern dargestellt und sowohl die eigenen Verhaltensweisen analysiert als auch das Agieren der Gegenseite kritisch hinterfragt. Es wurde die Notwendigkeit eines „harten Kerns“ von Kolleg*innen herausgestellt, der mit einer klaren gemeinsamen Zielsetzung vertrauensvoll und systematisch

zusammenarbeitet. Um das zu erreichen, müsste das entsprechende Wissen erworben werden und in regelmäßigen Zusammenkünften des „harten Kerns“ durch einen ständigen Informationsaustausch weiterentwickelt werden.

In der anschließenden Diskussion fanden die Einschätzungen der Referenten viel Zustimmung. Zudem brachten die Teilnehmenden ihre eigenen Erfahrungen ein. Angesprochen wurden aber auch ganz praktische Fragen: Wie können konkrete Aktionspläne für die Arbeit im Betrieb entwickelt und umgesetzt werden? Wie können gerade jetzt in der Pandemie die Handlungsmöglichkeiten der Betriebsräte und Vertrauensleute aufrechterhalten bzw. verbessert werden? Wie können derzeit Betriebsversammlungen durchgeführt werden? Wie kann dem Mobbing durch die Geschäftsführungen begegnet werden? Wie kann die erforderliche Solidarität aufgebaut werden?

Betriebsratswahlen 2022 vorbereiten

Unser Referent skizzierte dazu zunächst die Entstehungsgeschichte der Betriebsräte von den Anfängen bis heute.

Die Rätebewegung der Novemberrevolution 1918 habe eine direkte Demokratie, die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und die Zerschlagung der Überreste der kaiserlichen Armee gefordert. Diese Alternative sei aber von der Mehrheits-SPD im Bündnis mit reaktionären Kräften im Blut erstickt worden. Das Betriebsrätegesetz der Weimarer Republik habe durch die Schwächung der betrieblichen Interessenvertretungen geholfen, dem Faschismus den Weg zu ebnen,

Am 11. Oktober 1952 sei das erste Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) erlassen worden, das die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit den Geschäftsleitungen als Grundlage der Betriebsratsarbeit einfordere. Trotz dieser Ausrichtung sei es aber nötig, dass die Betriebsräte ihre Rechte nicht nur aus dem BetrVG konsequent einforderten.

Für die Vorbereitung der Betriebsratswahlen hatte der Referent Übersichten über die Arbeitsaufgaben sowie eine Zeitplanung der einzuhaltenden Fristen bei der Wahl vorgelegt.

In der Diskussion wurden die Möglichkeiten zur Stärkung und Ausweitung des Einflusses der „harten Kerne“ erörtert sowie Vorgehensweisen bei der Gewinnung neuer kämpferischer Kandidat*innen für die Betriebsratswahl besprochen.

Positive Bilanz

Es gab viel Zustimmung zu unserem Seminar, das durch das Anhören von Liedern Bernd Köhlers auch kulturell bereichert werden konnte. Den Austausch über die praktischen Möglichkeiten einer antikapitalistischen Betriebs- und Gewerkschaftspolitik und deren Rahmenbedingungen sahen die Teilnehmenden als sehr nützlich an. Diese positive Bilanz ist einmal mehr eine Bestätigung für die Bedeutung unserer kontinuierlichen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. ■

„ZeroCovid – Ist das möglich?“

U. D.

Am 26. Februar 2021 befasste sich der monatliche Online-Infoabend der ISO Rhein-Neckar mit dem **#ZeroCovid-Aufruf**. Damit wurde eine Diskussion fortgesetzt, die auf dem Infoabend am 22. Januar 2021 begonnen hatte.

Regierungsstrategie gescheitert

Im Einleitungsreferat wurde der ZeroCovid-Ausruf vorgestellt. Dieser Aufruf geht davon aus, dass die Regierungsstrategie, die „Infektionskurve“ abzuflachen („flatt the curve“) gescheitert ist.

Der Referent versuchte dies zu belegen, indem er den Verlauf der ersten Welle mit der zweiten Welle verglich. Während die erste Welle, der Regierungsstrategie Recht zu geben schien, zeige die hohe Zahl von Todesopfern, dass diese Strategie nicht in der Lage sei, die Pandemie wirklich einzudämmen. So seien von den derzeit 70.000 Corona-Toten alleine 60.000 in der zweiten Welle verstorben.

Auch wenn die Infektionszahlen gesunken seien, blieben sie aktuell über dem Niveau der ersten Welle. Zugleich verlaufe die Massenimpfung schleppender als angekündigt. Erschwerend komme hinzu, dass eine dritte Welle möglicherweise schon begonnen habe. Und bis heute gäbe es keine nachvollziehbare Strategie, aus den staatlichen Pandemie-Maßnahmen mit all ihren Einschränkungen auszusteigen.

„Solidarischer Shutdown“

Der #ZeroCovid-Aufruf bezieht sich auf den Aufruf von Wissenschaftler*innen im Dezember 2020 zur Eindämmung der Pandemie. In diesem wurde u. a. das notwendige Ziel genannt, die Inzidenzzahl auf unter 10 zu senken.

#ZeroCovid fordert davon ausgehend, die Inzidenzzahl unter 10 und letztendlich auf 0 zu senken. Dies würde unter anderem auch im NoCovid-Aufruf gefordert. Dazu bedürfe es einer gesamteuropäischen Initiative, einer umfangreichen Teststrategie, einer strikten Rückverfolgung von Infektionen sowie der „Isolation“ von Infizierten und Infektionsstätten.

Ein zentraler Vorschlag zur Senkung der Inzidenzzahl ist ein „solidarischer Shutdown“ von mehreren Wochen. In diesem darf es nicht nur Einschränkungen im privaten Bereich geben. Vielmehr müssen auch die Betriebe und Arbeitsstätten soweit

als möglich geschlossen werden. Die positiven Erfahrungen zahlreicher Staaten und großer Städte (z. B. Melbourne) mit dieser Strategie zeigen, dass dieser Weg erfolgreich sein kann. Finanziert werden sollen die Folgen eines solchen umfassenden „Shut-downs“ durch Steuern auf Vermögen und zu Lasten der Reichen.

#ZeroCovid schlägt weiterhin vor, die Patente der Impfmittel zu vergesellschaften und das Gesundheitswesen schnell und massiv wieder auszubauen (u. a. mehr Personal, höhere Löhne).

#ZeroCovid sieht im Gegensatz zu anderen Initiativen und Aufrufen nicht nur die Notwendigkeit, staatliche Maßnahmen durchzusetzen. Vielmehr setzt #ZeroCovid auf die Selbstorganisation und Eigenaktivität der Menschen innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Zur politischen Aktion

Die anschließende Diskussion setzte sich kritisch und solidarisch mit dem Aufruf auseinander. So wurde zum Beispiel kritisiert, dass der Aufruf vieles im Unklaren lasse, seine Gegenstrategie nicht klar genug

formuliere, unklar sei, wie es nach einem „solidarischen Shutdown“ weitergehe. Dabei wurde deutlich, dass gerade auch die Kürze des Aufrufs inhaltliche Fragen unbeantwortet lässt.

Letztendlich wurde der Aufruf überwiegend positiv beurteilt. So würde er, trotz aller offenen Fragen, der politischen Linken die Chance bieten, der „Corona-Starre“ zu entkommen. Dazu dürfe der Aufruf aber nicht Papier bleiben, sondern müsse mit Leben gefüllt werden.

Das könnte zum Beispiel bedeuten:

- Den Aufruf dort, wo gelebt, gelernt und gearbeitet wird, bekannt zu machen und für eine konkrete Anti-Pandemie-Arbeit zu nutzen,
- ZeroCovid-Initiativen zu gründen, die an den jeweiligen Orten gemeinsame Aktionen vorbereiten.

Inwiefern dies in den kommenden Wochen gelingt, bleibt abzuwarten. Die ISO Rhein-Neckar ist der Meinung, dass sich dies politisch lohnt und wird versuchen, entsprechende Initiativen mit aufzubauen oder zu unterstützen. ■



Infostand am 16. März 2021 auf dem Marktplatz Mannheim.

Foto: Privat.

Rosa Luxemburg und ihr kleiner Park

Ein Gespräch mit Bettina Franke und Barbara Ritter

Die *Initiative Frauenwege* setzt sich dafür ein, dass auf dem Mannheimer Almenhof Straßen und Plätze auch nach revolutionären Frauen benannt werden. Mit dem Rosa-Luxemburg-Park ist nun ein Anfang gemacht worden. Wir haben mit zwei der Initiatorinnen – Bettina Franke und Barbara Ritter – über die Hintergründe gesprochen.*

Am 5. März 2021 – dem 150. Geburtstag Rosa Luxemburgs – fand die Einweihungsfeier des Parks mit einem beeindruckenden Kulturprogramm statt. Wie ist es dazu gekommen?

Bettina: Die Initiative Frauenwege setzt sich dafür ein, dass bis jetzt unbenannte Plätze und Wege auf dem Almenhof nach revolutionären Frauen und Sozialistinnen benannt werden. Es kann nicht sein, dass dort sämtliche Straßen die Namen von Männern tragen und keine einzige Frau in Erscheinung tritt.

Ich bin durch die Beschäftigung mit Rosa Luxemburg zur Initiative gestoßen. Anlässlich des hundertsten Jahrestages der Ermordung Rosa Luxemburgs 2019 hatte ich ein Programm mit ihren Texten erarbeitet. Unter dem Titel: „Seite an Seite die Zeiten durchschwimmen“ und mit der wunderbaren Musik des Akkordeonisten Laurent Leroi wurde es im Gewerkschaftshaus und der Abendakademie gezeigt.

Da ich wusste, dass Rosa Luxemburg am 5. März 2021 ihren

150. Geburtstag hatte, war es mir ein Anliegen, sie aus diesem Anlass in Mannheim entsprechend gewürdigt zu wissen. Die Initiative Frauenwege hat sich für diese Würdigung eingesetzt, und so ergab sich unsere Zusammenarbeit. Die schöne Einweihungsfeier haben wir als Initiative entsprechend unseren Fähigkeiten gemeinsam geplant und durchgeführt.

Warum gerade Rosa Luxemburg?

Barbara: Was für eine Frage! Der bisher unbenannte Park liegt an der Seite der Karl-Marx-Straße im Viertel der frühen Sozialisten. Er musste einfach nach Rosa Luxemburg benannt werden. Das war von Anfang an die Idee der Initiative Frauenwege. Sie hat sich sehr darum bemüht, dass der Park mit Beschilderung zum 150. Geburtstag präsentabel ist. Und dass das eine würdige Feier mit etwa 200 Gästen werden konnte.

Wird Rosa Luxemburg durch die Benennung des Parks nicht noch mehr zur historischen Ikone stilisiert?



Bettina Franke (vorne) und Barbara Ritter (zweite von links) am 5. März 2021 bei der Park-Einweihung.

Bettina: Straßennamen sollen ja Personen der Geschichte würdigen. Ein ganzes Viertel im Almenhof ist mit Namen von revolutionären Männern benannt worden, aber zur „Ikone“ wurde dadurch keiner von ihnen. Insofern habe ich keine Bedenken, dass mit Rosa Luxemburg so etwas passiert. Sie wird durch die Benennung hoffentlich mehr Öffentlichkeit bekommen, ins Bewusstsein dringen, und das hat sie mehr als verdient.

Was ist denn an Rosa Luxemburg aus Eurer Sicht heute noch aktuell?

Bettina: Alles. Rosa Luxemburg hat sich Zeit ihres Lebens für Menschenrechte, Selbstbestimmung und den Kampf gegen ausbeuterische Verhältnisse eingesetzt. Sie hat vehement gegen Krieg, Imperialismus und Kolonialismus gekämpft. Dafür war sie insgesamt vier Jahre ihres Lebens inhaftiert.

Heute finden wir noch Straßennamen in Mannheim von Unterstützern der ausbeuterischen mörderischen Kolonisation, gegen die Rosa Luxemburg damals schon gekämpft hat. Ihre Ziele sind leider noch lange nicht erreicht. Wir leben in Deutschland zwar in „besseren“ Verhältnissen als die Masse der ausgebeuteten Arbeiter*innen vor über hundert Jahren, aber die Ausbeutung hat sich massiv in andere Teile der Welt ausgebreitet und ist mit Elend und Krieg verbunden.

Rosa Luxemburg würde sich heute sicher engagieren gegen die brutale Abschottungspolitik, die Europa den aus diesen Verhältnissen geflüchteten Menschen gegenüber an den Tag legt.

Auch in der Frage der Klimakrise wäre Rosa Luxemburg als Kämpferin an vorderster Front. Ein sehr wichtiger Aspekt in ihrem Leben war der respektvolle Umgang mit der Natur. Schon früh hat sie das Aussterben der Artenvielfalt am Beispiel von Singvögeln beschrieben, das sie selbst beobachtet hat. Sie war ein extrem vielschichtiger Mensch und hat sich für universelle Fragen der Menschen eingesetzt, die noch lange nicht beantwortet sind.

Wie ist die Initiative Frauenwege entstanden?

Barbara: Schon bei dem Umzug zum 200. Geburtstag von Karl Marx im Mai 2018 haben mehrere Frauen einen Blick auf die anderen Straßennamen im Viertel geworfen und gefordert, dass auch 1848er-Revolutionärinnen und Sozialistinnen mit Straßennamen geehrt werden. Daraus hat sich eine kleine Initiativgruppe von fünf Frauen gebildet, die mit langem Atem und unverdrossener Zähigkeit daran festhalten, dass dies geändert wird. Deren Aktionen waren zum Beispiel zwei Führungen im Viertel, Auftritte im Bezirksbeirat, Gespräche, Briefe und Auseinandersetzungen mit Parteivertreter*innen, Besprechungen im Stadtarchiv und eine kleine Kulturveranstaltung im letzten Herbst. Da ist ganz schön viel im Hintergrund gelaufen.

Welche weiteren Projekte stehen derzeit an, und wie können sie unterstützt werden?

Barbara: Weitere Weg-Benennungen stehen an. Die entsprechenden Anträge sind von der LiParTie und den Grünen bereits seit langem im Gemeinderat eingebracht.

Die Verwaltung hat ihre bisherigen „Gründe“ für die Nichtbenennbarkeit der Wege und die Verweigerung von Namensschildern aufgegeben. Sie hat sogar einen pragmatischen Grund für die Benennung von Wegen eingeführt: die bessere Orientierung für eventuelle Rettungseinsätze. Und sie steht ausdrücklich zur Gleichberechtigung im Leitbild 2030 der Stadt.

Konkret geht es als nächstes um den Platz zwischen den Bunkern gegenüber der Maria-Hilf-Kirche, der nach Lisette Hatzfeld benannt werden soll. Das ist in den zuständigen Gremien bereits auf dem Weg. Wir wünschen uns jedoch auch eine optische Aufwertung des derzeit ziemlich verwahrlosten Ensembles. Dafür werden wir im Stadtteil sicher noch Unterstützung finden.

Wir würden es auch begrüßen, wenn in anderen Stadtteilen mehr Frauen mit der Benennung von Wegen und Plätzen gewürdigt werden.

* [Die Fragen stellte W. A.] ■



Bernd Köhler bei der Einweihung des Rosa-Luxemburg-Parks am 5. März 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

ISO-Infoabend

„150 Jahre Rosa Luxemburg – historische Ikone oder aktuelle Ideengeberin?“

K. S.

Die ISO Rhein-Neckar lud am Freitag, den 26. März 2021, zu einem weiteren virtuellen Infoabend ein. Mit den knapp 20 Teilnehmenden wurde in kleiner, aber feiner Runde über das Leben und Werk von Rosa Luxemburg diskutiert.

Der einleitende Vortrag stellte die Frage, was an dieser bedeutenden revolutionären Sozialistin historisch sei und was aktuell. Als allseits gekannte und doch unbekanntes Ikone, verklärt und verehrt zugleich, versuchte unser Referent, Rosa Luxemburg in ihrer Zeit – dem *imperialen Zeitalter* (Eric Hobsbawm) – zu verorten, also in der Hochphase des sozialdemokratischen Marxismus und der sozialistischen Arbeiterbewegung um 1900.

Sozialistische Klassenpolitik

Die Kluft zu unserer Zeit im 21. Jahrhundert wurde herausgestellt, und nicht versucht rhetorisch zu überbrücken, was seit ihrer Zeit an Umbrüchen und Krisen geschah. Es lasse sich nicht eins zu eins von Rosa Luxemburgs Politik lernen.

Heute könnten wir nicht auf die gleichen politischen Koordinaten zurückgreifen. Denn die konterrevolutionären Katastrophen des 20. Jahrhunderts führten sowohl zum Niedergang der sozialistischen Arbeiterbewegung in Europa als auch der russischen Oktoberrevolution.

Stattdessen müsse die Aktualität von Rosa Luxemburgs theoretischen Ansatz gesehen werden. Erstens in ihrer radikaldemokratischen Betonung der Selbsttätigkeit der Massen im Prozess der Machteroberung von unten. Sie verstehe letztere als millionenfachen exemplarischen Lernprozess. Zweitens in ihrem Schlüsselbegriff der „revolutionären Realpolitik“, der die Zusammenführung von Revolution und Politik im tagesaktuellen Kampf begreife. Das heißt in einer Verbindung der verschiedenen Kämpfe in der Perspektive auf ein Fernziel. Für Rosa Luxemburg mache dies den Kern einer *sozialistischen Klassenpolitik* seit Marx aus.

Umgang mit Widersprüchen

Es sei hervorzuheben, dass für Luxemburgs Ansatz gerade ihr „beweglicher Um-

gang mit Widersprüchen, nicht ihre Eliminierung“ (W. F. Haug) zentral gewesen sei. Von diesem beweglichen Denken des Wirkens der Widersprüche lasse sich auch heute noch lernen.

Im Hinblick auf die Krisen der Gegenwart stelle sich die Frage, ob nicht unsere Zeit derjenigen Luxemburgs gleiche. Der von den Herrschenden als „alternativlos“ dargestellte globalisierte Kapitalismus treibe die arbeitenden Klassen im 21. Jahrhundert in Armut und in Krisen. Diese glichen jenen aus der Anfangszeit der Industrialisierung. In gewisser Weise würden die Uhren vom Kapital zurückgedreht. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich heutzutage rasant.

Gerade in Rosa Luxemburgs Schriften fänden sich Elemente eines Revolutionsbegriffs, der die politischen Umbrüche ihrer Zeit auf eine besondere Weise verarbeite. Darin sei revolutionär Neues, die Widersprüche der lernenden und sich organisierenden Massen, enthalten. Es zeige uns

heute Perspektiven auf, eben weil wir viele der „alten“ Gewissheiten und Organisationen nicht mehr hätten. Es lasse sich bei Luxemburg entdecken, wie sich die sozialistische Klassenbewegung durch ihre eigenen Kämpfe selbst aus der Taufe hebe.

Kritische Diskussion

In der Diskussion wurde kritisch gegengefragt, ob nicht Rosa Luxemburg selbst, trotz ihrer Betätigung in der Sozialdemokratie, nicht ebenso wie wir häufig in Isolation und mit dem Rücken zur Wand wirken musste? Zudem wurde nach der Relevanz von Rosa Luxemburg für den Feminismus gefragt, sowie nach ihrem Verhältnis zur Oktoberrevolution 1917 oder ihrer Rolle in der Novemberrevolution von 1918.

Um einen theoretischen Zugang zum Werk von Rosa Luxemburg zu finden, empfahl unser Referent Frigga Haug, *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*, Hamburg (Argument-Verlag) 2007. ■



Rosa Luxemburg (4. von links) 1907 als Lehrerin an der SPD-Parteischule.

Foto: Gemeinfrei.

Frauenstreik

„Wenn frau will, steht alles still“

N. B.

Im Vorfeld des Internationalen Frauentags sprachen wir am 5. März 2021 bei einer Video-Veranstaltung mit zwei Genossinnen der Bewegung für den Sozialismus (BfS) in der Schweiz. Beide waren an der Organisation des Frauenstreiks in der Schweiz am 14. Juni 2019 beteiligt.

Mehr als eine halbe Millionen Menschen sind damals gegen die Unterdrückung von Frauen auf die Straße gegangen. Die Referentinnen erläuterten die Idee des Frauenstreiks und berichteten von der Mobilisierung und Organisation.

Gemeinsam gegen Patriarchat

Ziel eines Frauenstreiks sei es insbesondere, kollektive Antworten zu finden auf die Unterdrückung und Gewalt im Patriarchat. Unter ihr leiden sowohl Frauen als auch Personen mit anderen geschlechtlichen Identitäten. Der Frauenstreik bezieht sich nicht zuletzt auf die oft unterschätzte oder verleugnete Bedeutung der schlecht oder gar nicht bezahlten Reproduktionsarbeit für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft.

Mobilisierung und Organisation

Ein solcher Streik ist aber kein Selbstläufer. Das wurde in dem Bericht unserer Referentinnen sehr deutlich. Dem Streik am 14. Juni 2019 war ein Jahr der Organisation und Mobilisierung vorangegangen.

Während der Frauenkongress des Schweizer Gewerkschaftsbunds (SGB) bereits im Januar 2018 dazu die Initiative ergriffen hatte, spielten die Gewerkschaften im Folgenden eine ambivalente Rolle. Insbesondere in der deutschsprachigen Schweiz waren sie wenig unterstützend.

Deshalb wurde der Frauenstreik von einer Vielzahl an Kollektiven organisiert. Sie hatten sich seit dem Sommer 2018 zunächst in der französischsprachigen Westschweiz und später auch in den anderen Landesteilen gebildet.

Die Genossinnen in der Schweiz mobilisierten über das ganze Jahr hinweg durch ihre Beteiligung an Demos wie am 8. März und am 1. Mai, durch Streiktreffs, Straßenumbenennungen, Veranstaltungen und insbesondere durch viele Gespräche. Während sie viele

Frauen in unterschiedlichen Lebenslagen erreichen konnten, gestaltete sich der Kontakt zu Frauen in prekären Arbeitssituationen als schwierig.

Vordergründig fand die Organisation und Mobilisierung auf regionaler Ebene statt. Jedoch koordinierten sie die Genossinnen schweizweit. Zudem bezogen sie sich auf die internationale Frauenbewegung, aus der sie Inspiration, Kraft und Hoffnung schöpfen.

Kreative Protestformen

Das restriktive Schweizer Streikrecht und die sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften stellten den Genossinnen viele Hürden in den Weg. Sie fanden aber kreative Möglichkeiten, dem kollektiv entgegenzutreten.

Die Organisatorinnen waren selbst überwältigt von der Masse an Menschen, die am 14. Juni 2019 ihrem Aufruf folgten, die demonstrierten, streikten, zumindest teilweise ihre Arbeit niederlegten oder gemeinsam verlängerte Mittagspausen einlegten.

Aktionen gab es in vielen gesellschaftlichen Bereichen: Sorge- und Betreuungsarbeit, Bildung, Konsum und Lohnarbeit wurden bestreikt. Selbstorganisierte Aktionen fanden

statt in Kitas, Schulen, Kliniken, im Gastrogewerbe und in anderen Betrieben.

Wirkung des Streiks

Die Referentinnen berichteten von einer deutlich spürbaren Politisierung durch den Streik. Bereits in der Vorbereitung erarbeiteten sich verschiedene Kollektive ein kapitalismuskritisches Verständnis der Frauenunterdrückung.

Auch nach dem Streik greifen die entstandenen Kollektive weiter in die öffentliche Debatte ein. Der Frauenstreik ist in der gesellschaftlichen Debatte zu einem Bezugspunkt geworden, wenn es um Frauenrechte geht.

Mut für weiter Aktionen

Die Teilnehmenden waren begeistert von den anschaulichen Erläuterungen und Berichten der beiden Referentinnen. Sie ließen uns ein wenig nachempfinden, welch ein ermächtigendes und ermutigendes Erlebnis der Frauenstreik in der Schweiz war. Und sie regten uns zum Nachdenken darüber an, wie ähnliche Mobilisierungen in Deutschland aussehen könnten. ■



Frauenstreik am 14. Juni 2019 in Basel.

Foto: Privat.

Bundeskonzferenz der ISO Vorwärts und nicht vergessen ...

MANUEL KELLNER

Zum ersten Mal wurde die Bundeskonzferenz der ISO am 13. / 14. März 2021 als Videokonferenz durchgeführt.

Der allgemeine Eindruck war, dass es unter diesen schwierigen Bedingungen trotz sehr begrenzter finanzieller Ressourcen gelungen ist, eine lebendige Diskussion und eine transparente Entscheidungsfindung hinzukriegen – einschließlich der Neuwahl der Koordination und anderer Instanzen. Entsprechend wurde den Organisatoren des technischen Stabs gegen Ende der Konferenz viel Anerkennung gezollt.

Rechenschaftsbericht

Auf der Grundlage eines Rechenschaftsberichts wurde die ausgehende Koordination mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen entlastet. Seit der letzten Bundeskonzferenz wurden einige Fortschritte im Organisationsleben und bei der Verbesserung der Arbeit der Organisation erzielt. Dies war auch sichtbar an der Teilnahme neuerer und neuer Mitglieder, die erste Ansätze der Verjüngung des Mitgliederbestands gezeigt hat. Mit einer gewissen Befriedigung – ohne übertriebene Euphorie – wurde übereinstimmend festgestellt, dass die ISO bislang recht unbeschadet durch die COVID-19-Pandemie gekommen und dabei sogar ein paar Schritte weitergekommen ist.

Politische Lage

Vor der weiteren Beschäftigung mit dem Organisationsaufbau gab es eine Debatte zur politischen Lage, wobei der Resolutionsentwurf der Koordination mit recht deutlicher Mehrheit verabschiedet wurde. Er konzentriert sich auf die revolutionär-sozialistischen Antworten auf die COVID-19-Pandemie und knüpft dabei an dem Ansatz des Zero-Covid-Aufrufs an, die Inzidenz auf unter 10 pro 100.000 EinwohnerInnen zu drücken. Allerdings ohne Zwangsmaßnahmen, durch Aufklärung und Mobilisierung der Betroffenen und ihre systematische Ermutigung und Anleitung zur Selbstorganisation. Dabei war allen ein klarer Klassenstandpunkt wichtig: Weltweit und im eigenen Land stehen für uns die Interessen der Beschäftigten und der am meisten Benachteiligten im Vordergrund, während die herrschende Politik den Kapitalinteressen verpflichtet ist.

Es gab seitens einer der Ortsgruppen einen weiteren Entschließungsentwurf, der sehr grundsätzliche Ausführungen zur Verantwortung der kapitalistischen Klassengesellschaft beinhaltet und von einer nicht unbedeutenden Minderheit unterstützt wurde. Einer Mehrheit der Stimmberechtigten hat sich nicht erschlossen, warum das alternativ zum Entwurf der Koordination gestanden hat. Sie hat beschlossen, dass Aussagen dieses Textes nach der Konferenz in den angenommenen Resolutionsentwurf eingearbeitet werden sollen.

Organisationsaufbau

Auch zum Organisationsaufbau fand der Entschließungstext der Koordination bei nur einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen

eine sehr deutliche Mehrheit. Dabei geht es im Kern um die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und den Aufbau von mehr handlungsfähigen Ortsgruppen. Bis zur letzten Bundeskonzferenz erschien die ISO eher als recht lockere Vernetzung einiger arbeitender Ortsgruppen und einer Reihe von Einzelmitgliedern. Seitdem wurden mit der Einstellung eines Hauptamtlichen erste Ansätze dazu erzielt, dass wir uns mehr in Richtung einer funktionierenden Organisation entwickeln.

Um diesen Prozess fortzusetzen, soll mehr Planung des eigenen Aufbaus, Ausbildung in organisierender Arbeit und Systematisierung der Zusammenarbeit erreicht werden. Wie in der Diskussion gesagt wurde, fehlt bei uns noch zu sehr das „Wir-Gefühl“. Wichtig ist dabei, dass der eigene Aufbau für uns kein Selbstzweck ist. Wie der Berichterstatter in seinem Schlusswort gesagt hat, wollen wir Menschen gewinnen, die sehen, dass unsere Arbeit nützlich ist für die Förderung der Widerständigkeit und der Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Benachteiligten und Unterdrückten. Etwas überspitzt gesagt: Das ist ein anderes Modell, als Leute vor allem dadurch gewinnen zu wollen, dass man besonders kluge Propaganda macht.

Weitere Anträge

Im weiteren Verlauf der Konferenz wurden einige weitere Anträge zu unseren Vorhaben verabschiedet, darunter zur Verkehrswende (Nahverkehrsinitiativen, Proteste gegen die Automobilität und Konversion), zu Klimawandel und Ökosozialismus und zur Unterstützung des Erneuerungsprozesses der *Sozialistischen Zeitung* (SoZ) beschlossen. Bei der Wahl der neuen Koordination hat sich einerseits der Prozess der Verjüngung widergespiegelt, andererseits die Schwierigkeit, genügend Genossinnen und Genossen für Leitungsverantwortung zu gewinnen, um eine unter den verschiedenen Kriterien repräsentative Leitung aufzubauen.

Der Kampf geht weiter! ■



1. Mai 2020 in Mannheim.

Foto: Barbara Straube.

Die Pariser Kommune hatte Vorläufer

E. B.

Ab dem 18. März 1871 konnte eine revolutionär-sozialistische Regierung in der französischen Hauptstadt die Geschichte beeinflussen. Sie wurde jedoch nach 72 Tagen brutal von der französischen Armee mit Unterstützung des preußischen Heeres unterdrückt. Wenig bekannt ist, dass die rätedemokratische Pariser Kommune von 1871 radikale Vorläufer in der „Provinz“ hatte.

Im Vorfeld des März 1871 kam es u. a. in Marseille, Narbonne, Limoges und sogar im französisch besetzten Algerien zu Aufständen und der Bildung von Kommunen. Sie vertraten ähnliche politische, soziale und wirtschaftliche Ziele wie später die Pariser Kommune. Allerdings konnte die kapitalistische Staatsmacht diese basisdemokratischen Versuche meist sehr schnell und blutig beenden.

Unter dem Einfluss der Pariser Erhebung sah Le Creusot, ein Zentrum der Stahl- und Metallindustrie, am 26. März 1871 sogar die Ausrufung einer „industriellen Kommune“. Sie war durch erste Formen von Arbeiterselbstverwaltung gekennzeichnet. Allerdings wurde sie bereits einen Tag später gnadenlos von der Armee niedergeschlagen. ■



Uniformen der Pariser Kommune nach A. Raffet.

Abbildung: Gemeinfrei.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Erregenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SA, 03.04.2021, 11:00 Uhr, Ostermarsch MA Start Fahrrad-demo (Turley-Platz)*
- SA, 03.04.2021, 11:55 Uhr, Ostermarsch Start Demo (Alter Meßplatz)*
- SA, 03.04.2021, 13:45 Uhr, Ostermarsch Kundgebung Schloßplatz*
- DO, 08.04.2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- SA, 10.04.2021, Bundesweiter Aktionstag #ZeroCovid
- SO, 11.04.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DI, 13.04.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 22.04.2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 23.04.2021, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

Vorschau

- SA, 01.05.2021, 10:00 Uhr, DGB-Demo und Kundgebung MA*
- SA, 08.05.2021, 15:00 Uhr, Frühjahrsausflug der ISO Rhein-Neckar*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

